

Datum: Antragsteller/-in: Sachbearbeiter/-in: E-Mail: Telefon: Telefax:	24.11.2019 Bernd Georg Krämer Boris Gamanov Hadjimohamadvali, Laleh afd-fraktion@saarbruecken.de (0681) 905-1366	AFD/1546/19
Beratungsfolge und Sitzungstermine		
Gremium Finanz- und Liegenschaftsausschuss Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken	 	
	Sitzungsdatum	Status
	05.12.2019	N
	10.12.2019	Ö
Betreff: Haushalt 2020 – Änderungsantrag der AfD-Fraktion – Hundesteuer senken; Tierheim angemessen unterstützen.		
Beschlussvorschlag: Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss empfiehlt / der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken folgende Maßnahmen und Änderung im Haushalt 2020: <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Hundesteuer für den ersten Hund bzw. Hündin von derzeit jährlich 120 Euro wird auf 60 Euro gesenkt. 2. Die Förderung des Bertha-Bruch Tierheims wird auf jährlich 100.000 Euro erhöht. 3. Die LHS ergreift die Initiative gegenüber dem Regionalverband und seiner Kommunen mit dem Ziel, das Bertha-Bruch Tierheim auf Dauer angemessen finanziell auszustatten. 		

1. **Die Hundesteuer** ist eine höchst ungerechte und unsoziale Luxussteuer, die oft auch Familien und ältere einsame Menschen trifft.
Es ist unbestritten, dass Hunde im Gegensatz zu anderen Haustieren ein besonderes Verhältnis zum Menschen haben. Sie gelten als treuester Gefährte des Menschen. In der Erziehung von Kindern spielt der Hund eine herausragende Rolle. Für ältere Menschen ist der Hund häufig Partnerersatz und schützt vor Depressionen. Gerade für Rentner oder Rentnerinnen mit kleiner Rente ist die Hundesteuer eine schwer aufzubringende Ausgabe, wenn auch noch hohe Tierarztkosten für ältere Tiere aufzubringen sind. Der Antrag auf Reduzierung der Hundesteuer beschränkt sich auf den ersten Hund.
2. **Das Saarbrücker Bertha-Bruch Tierheim** kann seine Aufgaben nur noch durch Spenden und Erbschaften erfüllen. Dies ist unwürdig und unhaltbar. Deshalb muss der Haushaltstitel für das Tierheim erhöht werden.
3. **Das Bertha-Bruch Tierheim** nimmt auch Fundtiere für Gemeinden des Regionalverbandes auf ohne hierfür honoriert zu werden. Dieser Zustand ist unhaltbar und zu ändern. Die Aufnahme von Fundtieren ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen und muss dem Tierheim gegenüber erstattet werden.

Die LHS muss die Initiative gegenüber dem Regionalverband und seiner Kommunen ergreifen, diesen unhaltbaren Zustand zu ändern.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Bernd Georg Krämer
Fraktionsvorsitzender

Boris Gamanov
Finanzpolitischer Sprecher